

# Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig und Heinz Werner Wessler

## Afghanischer Präsident Karzai entgeht knapp Anschlag

Bei der zentralen Militärparade zur Erinnerung an die sowjetischen Besetzung Afghanistans sind am 26. April bei einem Attentat mehrere Menschen aus dem Publikum ums Leben gekommen, darunter ein Schiitenführer, ein Parlamentsabgeordneter und ein 10jähriger Junge. Das Staatsfernsehen übertrug die Feier vom Paradegelände nahe dem Stadion in der Altstadt Kabuls am Morgen live – auch die Schüsse, die plötzlich zu hören waren. Die Angreifer eröffneten aus Kalaschnikow-Gewehren das Feuer auf die Ehrentribüne. Leibwächter brachten Präsident Karzai sofort mit einem gepanzerten Geländewagen in Sicherheit; die Ehrengäste gingen auf der Tribüne in Deckung. Die anwesenden Minister, ausländische Diplomaten und Militärs entkamen unverletzt. Taliban-Sprecher Zabiullah Mudschahid übernahm im Namen der radikalislamischen Kämpfer die Verantwortung für den Angriff und sagte, drei der sechs beteiligten Taliban seien dabei den Märtyrertod gestorben. Die mit Soldatenuniformen gekleideten Angreifer hatten sich in einem Haus etwa 300 Meter von der Tribüne entfernt versteckt. Kritik richtete sich nach dem Anschlag insbesondere an die Sicherheitsorgane rund um die größte Parade des Jahres in Kabul. Die schrittweise Übernahme von Verantwortung durch die afghanischen Sicherheitskräfte gilt der Nato-geführten Schutztruppe ISAF als zentrale Ausstiegsstrategie. Mit dem spektakulären Taliban-Angriff auf die Militärparade in Kabul ist die Skepsis an den Fähigkeiten der afghanischen Armee und Polizei weiter gewachsen.

## Getrennte Wahlen 2009 und 2010

Die Unabhängige Wahlkommission (IEC) hat die nächsten afghanischen Präsidentschaftswahlen für Herbst 2009 und die Parlamentswahlen für Sommer 2010 festgelegt. Zeitgleich mit dem Staatsoberhaupt sollen die 34 Provinzräte, mit dem Parlament erstmals auch die fast 400 Distrikträte gewählt werden. Die genauen Wahltermine stehen allerdings noch nicht fest. Vorausgegangen war eine kontroverse Debatte, in der die IEC, Präsident Karzai und die UNO aus Kostengründen und wegen der prekären Sicherheitslage für einen einheitlichen Wahltermin plädiert hatten. Dies hätte eine Verlängerung von Karzais Amtsdauer bzw.

eine Verkürzung der Parlaments-Legislaturperiode erfordert, was beide Seiten ablehnten. Die Finanzierung der Wahlen ist bisher nicht gesichert, zudem gibt es bisher weder ein Wählerverzeichnis noch eine vom Parlament bestätigte Liste der Distrikte. Die oppositionelle Nationale Front war im Parlament auch mit ihrem Vorstoß gescheitert, das bisherige Personalauswahlsystem in eine gemischte Variante umzuwandeln, die 100 der 249 Unterhaussitze für politische Parteien reserviert hätte. Karzai hat inzwischen angedeutet, dass er 2009 eine zweite Amtszeit anstrebt. "Ich möchte die Arbeit vollenden, die ich begonnen habe, wenn sie [die Afghanen] für mich stimmen", erklärte er auf einer Pressekonferenz am 7. April. Bisher hat sich nur ein Gegenkandidat offiziell erklärt, der Parlamentsabgeordnete und frühere Planungsminister Ramazan Bashardost, der sich mit einer populistischen Kampagne als Anti-Korruptions-Kandidat präsentiert. Er kündigte an, alle Verantwortlichen für die Unsicherheit im Lande sowie alle Ausländer, die für den Tod von Afghanen verantwortlich seien, vor Gericht zu bringen. Es wird auch damit gerechnet, dass der frühere Innenminister Ali Ahmad Jalali und, als Vertreter der oppositionellen Nationalen Front, der Enkel des früheren Königs, Prinz Mustafa Zaher, antreten werden. Beide sind wie Karzai Paschtunen mit Ambitionen auf die Karzai-Nachfolge. Solche dementiert hat der derzeitige UNO-Botschafter der USA Zalmay Khalilzad, ein gebürtiger Afghane.

## Karzai befürwortet Kontakte mit Taliban

Präsident Karzai hat Kontakte der afghanischen Opposition zu den Taliban begrüßt. Am Rande des NATO-Gipfels in Bukarest Anfang April sagte er, solche Kontakte seien „gut für das Land“. Allerdings müssten die Taliban ihre Waffen niederlegen und die Verfassung des Landes anerkennen. Eine Versöhnung mit al-Qaida-Kämpfern und so genannten Hardline-Taliban schloss er aus. Bisher gebe es auch keine offiziellen Gespräche, sondern nur Kontakte, „um zu sehen, wie Gespräche möglich sein könnten“. Zuvor hatte der Sprecher der oppositionellen Nationalen Front Sancharaki in Kabul bekannt gegeben, mehrere NF-Politiker unterhielten seit fünf Monaten Kontakte mit Führern „einiger Taliban-Gruppen“, die selbst die Initiative ergriffen hätten. Beide Seiten seien „als Muslime und afghanische Bürger mit den Leistungen der Regierung unzufrieden“. Taliban-

Sprecher dementierten die Kontakte und erneuerten ihre Standpunkt, dass Gespräche mit der Regierung erst nach einem Abzug aller ausländischen Truppen möglich seien.

### Neuer UN-Sondergesandter ernannt

Der Norweger Kai Eide ist zum neuen UN-Sondergesandten für Afghanistan ernannt worden. Der Diplomat, frühere NATO-Botschafter seines Landes und UN-Vertreter auf dem Balkan verfügt über ein Mandat, dass die koordinierende Rolle der UNO vor allem mit der NATO-geführten internationalen Streitmacht ISAF verbessern soll. Der 59-Jährige ersetzt den Deutschen Tom Königs. Ursprünglich wollten die USA und Kanada den früheren Balkan-Koordinator Lord Paddy Ashdown aus Großbritannien als gemeinsamen Repräsentanten von UN, EU und NATO durchsetzen, scheiterten aber am Veto von Präsident Karzai, der eine zu starke Einmischung des Auslands befürchtete. Zugleich hatten sich viele Afghanen genau dies gewünscht, um der ausufernden Korruption Herr zu werden und die verschiedenen internationalen Akteure stärker in eine einheitliche Politik einzubinden.

### Gouverneure kritisieren US-Militär

Gouverneure mehrerer afghanischer Provinzen haben während eines Treffens mit Präsident Bush das Vorgehen der US-Streitkräfte in ihrem Land kritisiert. In Anwesenheit von Journalisten sagten sie, dass sie oft nicht informiert würden, wenn US-Soldaten Verhaftungen vornehmen. Der Gouverneur der ostafghanischen Provinz Khost nannte die *US Special Forces* die „größte Herausforderung“. Afghanische Behörden hätten nur unzureichenden Zugang zu Militärstützpunkten wie Bagram, auf denen Verhaftete festgehalten würden. Afghanische Stammesführer und Menschenrechtler kritisieren seit Jahren nächtliche Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen, mangelhafte Informationen über Festnahmen sowie Übergriffe durch afghanische Milizen in Begleitung von US-Spezialeinheiten. Letztere operieren meist außerhalb der NATO/ISAF-Strukturen. Die Gruppe der acht Gouverneure forderte die US-Regierung des Weiteren dazu auf, für Afghanistan ein von Irak gesondertes Budget vorzulegen. Bisher wird nur ein gemeinsames Budget für beide Länder ausgewiesen.

### Anwohner gegen Ausbau der US-Basis Bagram

Einwohner von 14 Dörfern in der Nähe der US-Basis Bagram nördlich von Kabul, die einer Erweiterung des

Stützpunkts weichen sollen, weigern sich, ihr Land zu verkaufen. Sie befürchten, dass die örtliche Provinzregierung bereits ohne Konsultationen ein entsprechendes Abkommen geschlossen hat und forderten die Regierung in Kabul auf, eine Konfiszierung ihres Landes zu verhindern. Dies berichtete die Kabuler Wochenzeitung *Kabul Weekly* in ihrer Ausgabe vom 11. April. Bagram, einst ziviler Flughafen für die Hauptstadt Kabul, war nach dem sowjetischen Einmarsch 1979 in einen Militärstützpunkt verwandelt worden, den die USA nach dem Ende des Taliban-Regimes übernahmen und ausbauten.

### Ausweitung von US-Operationen an der Grenze zu Pakistan?

US-Militärkommandeure in Afghanistan haben in Washington vermehrte grenzüberschreitende Operationen in die zu Pakistan gehörenden paschtunischen Stammesgebiete beantragt, so die *New York Times* vom 20. April. Dieser Bitte sei aber bisher nicht entsprochen worden, um die neue pakistanische Regierung nicht zu unterminieren, die sich um Verhandlungen mit lokalen Taliban-Gruppen bemüht. Die vorherige pakistanische Regierung hatte laut NYT die CIA ermächtigt, arabische und andere ausländische al-Qaida-Kämpfer zu bekämpfen, pakistanische Gruppen aber ausgenommen. Die neuen Vorschläge beinhalten dem Bericht zufolge auch den Einsatz von CIA- und Sondereinheiten. Eine Liste möglicher Ziele sei bereits diskutiert worden. Zu den zu bekämpfenden Gruppen sollen die pakistanischen Taliban unter Baitullah Mehsud und das Netzwerk des afghanischen Pro-Taliban-Kommandanten Jalaluddin Haqqani gehören. In seinem Blog kritisierte der US Afghanistan-Spezialist Barnett Rubin die ausschließliche Konzentration auf militärisches Vorgehen. Er zitierte einen Bericht des US General Accountability Office, demzufolge 96 Prozent der US-Aufwendungen für die pakistanischen Grenzgebiete Militäroperationen, drei Prozent der Grenzsicherung und ein Prozent Entwicklungsprojekten gelten.

### Medienkonflikt um Seifenopern

Das afghanische Unterhaus hat am 31. März eine Resolution verabschiedet, die verhindern soll, dass Fernsehsender als „unislamisch“ angesehene Szenen ausstrahlen. Zudem wird die Regierung aufgefordert, den Privatsender *Tolu TV* zu schließen, der in einer TV-Show in einem 150-Sekunden-Clip gemeinsam auftretende Tänzerinnen und Tänzer gezeigt hatte. Am 14. April untersagte das Kabuler Ministerium für Information und Kultur generell die Ausstrahlung der

beliebten indischen Seifenoperen. *Tolu TV* widersetzte sich zunächst dem Verbot. Der Abgeordnete Qazi Nazir Ahmad aus Herat begründete den Verbotswunsch wie folgt: „Einerseits sagen wir, dass wir in islamischer Staat sind, andererseits lassen wir das Fernsehen gegen die Werte des islamischen Staates vorgehen“. Sein Kollege, der einflussreiche Mudschahedinführer Abdul Rassul Sayyaf, bezeichnete *Tolu TV* als „Basis für ausländische Verschwörungen“. Präsident Karzai versprach in einer Stellungnahme, die Freiheit der Medien zu verteidigen, sagte aber auch, dass man „aufmerksam gegenüber Filmen“ sein müsse, „die der afghanischen Kultur widersprechen“. Geistliche im westafghanischen Herat hatten zuvor angedroht, das örtliche Studio des inkriminierten Senders niederzubrennen. Die Regierung unterbrach ihre Kabinettsitzung, um die konservativen Parlamentarier anzuhören. Die Kabuler Parlamentarierin Fatema Nazari hingegen forderte ihre Kollegen auf,

die Korruption „von der Regierung bis zu den Mitgliedern des Parlaments“ zu bekämpfen, „bevor wir *Tolu TV* schließen.“ Saad Mohseni, Besitzer von *Tolu TV*, sprach von einer „Retalibanisierung der afghanischen Gesellschaft“.

### Proteste nach Preissteigerungen

Steigende Preise für Grundnahrungsmittel haben am 22. April im ostafghanischen Jalalabad zu ersten Protestdemonstrationen geführt. 1000 Menschen gingen auf die Strasse, Märkte und Geschäfte schlossen. Ein 50-kg-Mehlsack kostet derzeit etwa so viel wie der Monatsverdienst einer Staatsangestellten. Viele Afghanen machen steigende Preise und schlechte Gehälter für die grassierende Korruption verantwortlich. Die Regierung kündigte Zusatzimporte von Lebensmitteln an.

# Gemeinschaftliche Nutzung von Bewässerungssystemen im Norden Afghanistans

## Wasser und nachhaltige Entwicklung

Iskandar Abdullayev, Usman Shah

**Afghanistan wird oft genug der Misswirtschaft bezichtigt wegen seiner fehlenden oder ineffizienten Institutionen zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wasser und Energie. Deshalb geht ein großer Teil der internationalen Hilfe in die Wiederherstellung der Infrastruktur und in den Auf- und Ausbau von Behörden, die die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleisten. Bei der Wasserversorgung hat die internationale Gemeinschaft zunächst Nothilfe geleistet und schon bestehende Versorgungssysteme wieder aufgebaut. Seit 2004 konzentrieren sich jedoch die internationalen Hilfsorganisationen darauf, durch innovative Programme langfristig die Wasserversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und die nationalen Wasserbehörden zu stärken.**

**B**ewässerungssysteme sind von großer Bedeutung für die bäuerliche Landwirtschaft und das Überleben der Landbevölkerung. Im heutigen Afghanistan gibt es keine Hungersnöte, was zum einen auf die internationale Nahrungsmittelhilfe zurückzuführen ist, zum anderen auf

die produktive und verlässliche bäuerliche Landwirtschaft, die natürlich von der Bewässerung abhängig ist. Für die allgemeine Entwicklung von Afghanistan ist es notwendig, dass auf lokaler Ebene effiziente Bewässerungssysteme erhalten und aufgebaut werden.

Das „Afghanische Büro für Forschung und Auswertung“ (AREU) hat in mehreren Studien nachgewiesen, dass die unregelmäßige Wasserzufuhr und Wasserknappheit in den Provinzen Kunduz und Balkh trotz Kanalbewässerung dazu geführt hat, dass wieder Opium angebaut wurde,